

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 56.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.  
Dienstag, den 10. März.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Der neue Unionspräsident.

Nach einem Vierteljahrhundert verzweifelten Ringens um die vollziehende Gewalt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist es endlich der dortigen demokratischen Partei gelungen, ihren Einzug in das Weiße Haus zu Washington zu halten. Am Mittwoch ist daselbst in feierlichster Weise der neue Präsident, Grover Cleveland, durch seinen Amtsvorgänger, Chester Arthur, in sein Amt eingeführt worden. Das neue Staatsoberhaupt hatte dringend gewünscht, daß die Feierlichkeiten in der Bundeshauptstadt auf das geringste Maß beschränkt würden, konnte es aber doch nicht verhindern, daß seine siegesfrohen Parteigenossen das so lange vergeblich ersehnte Ereigniß zu einer großartigen Kundgebung benutzten. Auf Dampfschiffen und Eisenbahnen strömte eine fast zahllose Menge herbei, um bei dem großen Friedensfeste zwischen den bisher noch immer innerlich entzweiten Nord- und Südstaaten gegenwärtig zu sein. Die Zahl der am Mittwoch anwesend gewordenen Fremden wird auf eine halbe Million geschätzt. Naturgemäß stellte der Süden das größte Kontingent und rückten von dort einzelne demokratische Klubs in einer Stärke von über 1000 Mann an. Das Militär und die Miliz der benachbarten Staaten waren nach Washington zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandirt. Der große Aufzug, der sich unmittelbar an die Einsegnungsfeierlichkeit angeschlossen, brauchte vier Stunden, um vor dem neuen Präsidenten zu defiliren. Die allgemeine Stimmung war um so feierlicher, als Cleveland nicht nur der erste demokratische Präsident ist, der seit 1856 gewählt wurde, sondern auch der erste, der die volle Zustimmung der Südstaaten besitzt, während sämtliche seit 1860 amtierende republikanische Präsidenten nur als Erwählte der Nordstaaten angesehen werden konnten.

Was dem jetzigen Präsidentenwechsel in Washington einen so eigenthümlichen Charakter verleiht, ist weit weniger der Sieg des demokratischen Prinzips als die erfreuliche Annäherung einer Versöhnung der bisher in dem amerikanischen Freistaate vorhandenen politischen Gegensätze. Die Letzteren haben bereits in den letzten Jahren ihre eigentliche Bedeutung derartig verloren, daß es heute geradezu schwer ist, die beide Parteien trennenden wesentlichsten Momente genau festzustellen. Trotz des Sieges der demokratischen Partei denkt Niemand an ein Wiederaufleben der alten Ueberlieferungen des ehemaligen slavenhaltenden Südens. Die amerikanische Demokratie von 1885 ist eine ganz andere als diejenige des Jahres 1860 und wie sehr die noch fortbestehende historische Parteiform einer gänzlichen Umbildung nahe ist, zeigt die Thatsache, daß der aus der ehemaligen Slavenhalter-Partei hervorgegangene neue Präsident in seiner Antrittsbotschaft den Schutz der Rechte der Freigelassenen als dringend nötig bezeichnete. Der ganze Inhalt dieser das volle politische Programm Cleverlands enthaltenden Botschaft ist weit wichtiger als die Beschreibung der Freudentemonstrationen anlässlich seiner Amtseinsetzung, denn er erfüllt die Hoffnung, in das Weiße Haus einen Mann einzuziehen zu sehen, der sich bei der Verwaltung seines verantwortlichen Amtes nur von den Rücksichten der Ehrlichkeit, der Sparsamkeit und der Ehre seines Vaterlandes zu leiten gedenkt. Wenn die ursprünglich so beliebte republikanische Partei von dem Staatsruder zurücktreten mußte, so hatte dies keinen andern Grund, als daß dieselbe häufig das Staatsinteresse veräußerte, um ihren Parteigenossen gefällig zu sein, bei der ganzen Verwaltung aber nicht genug auf Ordnung, Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit sah. Es ist nicht der Parteimann Cleveland, der auf dem Präsidentenstuhl Platz nahm, sondern der gewissenhafte Beamte, der vorher in mehreren schwierigen Gemeindestellungen und zuletzt als Gouverneur den Ruf eines bedeutenden Verwaltungstalents und eines fleckenlosen Charakters erwarb.

Die Antrittsbotschaft Cleverlands beschäftigt sich, dem Zeitbedürfniß entsprechend, zumeist mit wirtschaftlichen Fragen, hebt die Nothwendigkeit der Sparsamkeit in dem Staats- wie in dem Privatleben hervor, dringt auf Festhaltung einer gesunden Grundlage im Finanzwesen der Vereinigten Staaten und auf Herabsetzung der Steuerlasten an Stelle der Anhäufung von Haushalts-Ueberschüssen in dem Staatsschatz. Die vollständige Durchführung der schwierigen Reform des Zivildienstes durch die Behebung des Pflichtgefühls und durch die Ausrottung des Ausbeutungssystems aus der Verwaltung bildet den wichtigsten Punkt des Programms. Diese Reform ist wohl bereits vorher eingeleitet worden, es fehlte aber noch der energische

Mann, um die völlige Befundung der Zustände zu vollenden. Daß in der Botschaft nicht die übliche Versicherung fehlen würde, den Frieden und die Unabhängigkeit des nordamerikanischen Freistaates aufrecht zu erhalten, war zu erwarten. Ueberrascht hat nur die Schärfe, mit welcher Cleveland das Nichtmischungs-Prinzip unter Anrufung der Manen Washingtons, Jeffersons und Monroes betonte, da sich der neue Präsident damit auf den Standpunkt Derjenigen stellte, welche es dem bisherigen Kabinett zum Vorwurf machten, sich an der Berliner Kongo-Konferenz betheiliget und sich dadurch in einen viel zu innigen Verkehr mit der europäischen Diplomatie eingelassen zu haben. Von weniger hervorragender Bedeutung scheint die Erwähnung der wünschenswerthen Regelung der Indianerfrage, der Mormonenfrage und der Einwanderungsfrage, während die Botschaft über die Währungsfrage hinweggeht. Immerhin ist es für Europa auch nicht ganz ohne Interesse, daß der neue Unionspräsident die Einwanderung solcher Arbeiter verhindern will, welche nicht Bürger der Vereinigten Staaten werden wollen, da diese Exklusivität dem Antrag des Senatsausschusses entspricht, der sogar darauf abzielt, alle Fremden und ausländischen Genossenschaften vom Landerwerb in Amerika auszuschließen.

Cleverlands Stellung zur Silberwährungsfrage ist von ihm selbst schon früher öffentlich dargelegt worden. Auf die Gefahr hin, mit einem großen Theile seiner eigenen Partei in ein ernstes Zerwürfniß zu gerathen, hat sich Cleveland offen dahin erklärt, die Ausprägung von Silberrdollars einzustellen und zu der früheren reinen Goldwährung zurückzukehren. Jedenfalls ist von dem neuen Präsidenten der Union in allen Münz- und Zollfragen eine Zähigkeit zu erwarten, deren Werth gerade bei dem jetzt begonnenen Zollkriege zwischen Amerika und Europa nicht unterschätzt werden darf. Es ist Cleveland gelungen, in der eigenen Partei eine Anzahl tüchtiger Männer zu finden, die mit ihm über alle wichtigen Fragen, sogar über die sonst in demokratischen Kreisen wenig beliebte Suspension der Silberprägung vollständig einig ist. Den Grundriss, geleistete Dienste nicht durch Staatsämter zu belohnen, betheiligte er, indem er keinen der Führer der unabhängigen Republikaner, selbst nicht Karl Schurz, der für seine Wahl so Außerordentliches leistete, in das neue Kabinett berief. Den Führer der New-Yorker Demokratie, den großen Petroleum-Spekulanten William Whitney, welchem er die Wahl im Staate New York hauptsächlich verdankt, fand er mit dem unbedeutenden Amte eines Sekretärs der Marine ab, während das von demselben erwartete wichtige Schatzamt dem gemäßigten Schutzzöllner Daniel Manning anvertraut wurde. Seinem vornehmsten Nebenbuhler um den Präsidentenposten, dem allgemein geachteten Senator Bayard, übertrug er das Portefeuille des Auswärtigen, dem bewährten Parlamentsredner Garland aus Arkansas das Ressort der Justiz, dem Vorjüngling des demokratischen National-Komitees in Chicago, Willas aus Wisconsin, das Postwesen. Man rühmt diese Zusammensetzung des Kabinetts als eine treffliche und leistungsfähige. Wir haben abzuwarten, wie weit sich dies bestätigt und wollen nur hoffen, daß das neue Kabinett von Washington seine Tüchtigkeit nicht im schroffen Gegensatz zur Politik des Deutschen Reiches zu bewahren suchen werde.

## Tageschau.

Freiberg, den 9. März.

Ein vertraulicher Verkehr zwischen den Staatsmännern Deutschlands und Englands sei durch die Indiskretion Granvilles in Zukunft völlig unmöglich geworden — so schrieb noch vor wenigen Tagen die offiziöse Nordd. Allg. Ztg. Inzwischen wechselte, gleichsam über Nacht, das Bild vollständig. Fürst Bismarck sandte nicht nur seinen eigenen Sohn, den Grafen Herbert, nach London, um die vorhandenen anscheinend ernstlichen Mißverständnisse auszugleichen, sondern scheint auch nach Petersburg einen bedeutamen Wink erteilt zu haben, da gleichzeitig mit der Mission des Grafen Herbert ein Einlenken Russlands zu bemerken war. Das Petersburger Kabinett, welches die erste Reklamation Englands in unbefriedigender Weise beantwortete und die zweite Beschwerde ganz unerwidert ließ, beauftragte seinen Londoner Botschafter v. Staal, der britischen Regierung zu versichern, daß Rußland aufrichtig eine Verständigung mit England über die afghanische Grenze wünsche. Der Friedenspolitik des deutschen Kanzlers entspricht es vollständig, die Verlegenheiten eines diplomatischen Gegners nicht zur weiteren Schädigung beschreiben, sondern zur Versöhnung desselben zu benutzen. Die

Personen, welche dabei an der Spitze der englischen Geschäfte stehen, kommen dabei gar nicht in Betracht. Ist die Annahme, nach welcher die Tage des jetzigen Londoner Kabinetts gegählt seien, eine begründete, so scheint das der deutsche Kanzler nur als Grund dafür anzusehen, dauernden Mißverständnissen zwischen Berlin und London vorzubeugen und darauf hinzuwirken, daß die Erbchaft, welche das nächste englische Kabinett anzutreten haben wird, nicht im Voraus überschuldet werde.

Der deutsche Reichstag berieth am Sonnabend den Bericht der Reichsschulden-Kommission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes, bezw. des Deutschen Reichs, über die Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, des Festungsbaufonds, des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes und über den Reichskriegsschatz. Der Bericht wurde nach kurzer Debatte an die Rechnungs-Kommission verwiesen und dann die dritte Lesung des Etats beim Extraordinarium fortgesetzt. Für Weiskens wurden auf Antrag des Abg. Rohland zur Herstellung eines neuen Postdienstgebäudes als erste Rate 80000 Mk. bewilligt. Zum Extraordinarium des Militär-Etats beantragte Abg. Rickert, die Kosten zur Bearbeitung eines Projekts für den Neubau eines Kadettenhauses in Stolp zu bewilligen, aber mit dem Bemerkung: „in Stolp oder Kulm.“ Die letztere Stadt habe sich jetzt auch zur unentgeltlichen Hergabe eines Terrains bereit erklärt. Der Kriegsminister von Bronsart erklärte darauf; daß, wenn letzteres der Fall sei, die Befassung des Kadettenhauses in Kulm möglich erscheine. Der Antrag Rickert wurde angenommen, im Uebrigen das Extraordinarium unverändert und ohne Debatte genehmigt. Bei den Einnahmen aus den Zöllen erklärte Staatssekretär v. Bötticher, auf eine Anfrage des Abg. v. Christen, es werde eine Rückvergütung der Verzollung ausländischen Eisens an die kleinen Hufnagelschmiede von der Regierung zwar erwogen, doch seien die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Das Haus möge daraus ersehen, welche Sympathien die Regierung den kleinen Industrien entgegenbringe. Abg. Richter meinte, die kleinen Industriellen würden gern auf diese Sympathien verzichten, wenn die Regierung selbst nicht künstlich fortgesetzt neue Nothstände erzeugen würde. Der Staatssekretär von Bötticher wandte sich scharf gegen diese Behauptung, welche weder in noch außer dem Reichstag Glauben finden werde. Ueber solche Behauptungen müßten Kinder lachen. Zu dem Titel Ribbensteuer bemerkte Abg. Graf Haack, daß er seinen Antrag auf Verlängerung der Steuerfrist zurückziehe, klagte aber über die strenge Art der Steuerereinzahlung. Der Finanzminister von Scholz versicherte dagegen, ihm sei noch keine Beschwerde darüber zugegangen. Zum Post- und Telegraphenamt regte Abg. Baumbach einen Mittelportofolj von 5 Pfennigen an für Versendung von Drucksachen im Gewicht von 50 bis 100 Gramm und Abg. Lingenß eine Resolution wegen Einschränkung des Sonntagsverkehrs. Der Postetat wurde hierauf genehmigt, sowie noch eine Reihe weiterer Etats, womit die dritte Lesung sämtlicher Etats erledigt war. Hierauf wurde das Anleihegesetz definitiv genehmigt. Nach den gefaßten Beschlüssen beläuft sich die gegenwärtige Summe der Matrikularbeiträge auf 22061793 Mark. Der Gesamtetat balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 611930572 Mk. Der Etat wurde nunmehr in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Man kam nun zu den Resolutionen, von denen diejenigen auf spezifizierte Mittheilungen über die Einrichtungen in den neuen Kolonien, auf Erhöhung des Gehalts der Postbeamten, auf Regelung der Berechnung der Dienstzeit der Postbeamten genehmigt, dagegen diejenigen auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für verabschiedete Offiziere und über die Sonntagsruhe der Postbeamten abgelehnt wurden. Es folgte die zweite Verathung des Tarifgesetzes, wobei Abg. Dr. Meyer (Salle) den Antrag Ausfeld befürwortete, welcher die Unzutüchtigkeiten beiseiten will, die für den Verkehr aus der mangelhaften Fassung der zum Sperrgesetz erlassenen Bundesratsverfügung erwachsen. Diese Verordnung mache einen Theil der Erleichterung illusorisch, die der Reichstag beim Sperrgesetz dem Handel zugebacht habe. Gerade um diesem eine feste Basis zu geben, ihn von wüsten Spekulationen abzuhalten, müsse man ihm einen festen Anhalt geben. Das sei aber keine Sicherheit des Zustandes, wenn binnen 24 Stunden der Bundesrath das Wort „nachweislich“ in dem Sperrgesetz mit Umweglegung über alle juristischen Beweistheorien zu interpretiren versuche. Hierauf vertagte das Haus die Weiterberathung auf Montag.

Wie aus Kiel berichtet wird, geht Kontreadmiral Knorr als Geschwaderchef nach Ostasien und wird durch den Direktor der Marineakademie, Reibnitz, in Westafrika ersetzt. Die Bil-

Mutter  
Trotes-  
abreiche  
ll' diese  
empfun-  
unterer  
Pastor  
Leitung  
Gefang.  
ihltesten  
85.  
rürnberg,  
enen.  
kurzem  
rafflos  
Waters,  
gerichts-  
Beger,  
ir theil-  
niederlich  
Höhe,  
885.  
enen.  
Nachm.  
Ihr ver-  
Lebens-  
as hier-  
hause.  
s theuere  
en, des  
t an  
ö del.  
er.  
7 Uhr.  
attung-  
Aus-  
e,  
s.  
uf all-  
Auf-  
tät:  
Dskar  
Bierte  
us.  
rektor.  
März:  
83, 84,  
88, 89,  
1/9 Uhr.  
ung im  
6. März.  
7. März.  
0 E.  
0 E.  
untags-